

Motion Beat Gubser (EDU): Keine weiteren Subventionen für das politische Zentrum Reitschule

Nachdem der Stadtrat am 17. November 2011 beschlossen hat, den Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR), lediglich um ein Jahr zu verlängern, liess sich die IKuR am nächsten Tag u.a. wie folgt verlauten:

Mit dem Bekenntnis, aus der Reitschule einen „ganz normalen Kulturbetrieb“ machen zu wollen (...) Das Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule war und ist ein Projekt der ausserparlamentarischen Linken, welches kulturelle, politische und soziale Anliegen unter einem Dach vereint (...).

Im Zweckartikel des Vereins IKuR, welcher auch im Leistungsvertrag enthalten ist, steht u.a. Folgendes:

Die Erhaltung der alten Berner Reitschule und deren Nutzung als alternativer Kultur- und Begegnungsraum. Das Betreiben eines nichtkommerziellen Kultur- und Begegnungszentrums in der Reitschule. Die Förderung von selbstbestimmten Kultur- und Begegnungsräumen in der Agglomeration Bern. Die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Im Zweckartikel ist konsequent nur von Kultur- und Begegnungszentrum die Rede. Daraus lässt sich ein Anspruch auf kulturelles und soziales Engagement ableiten. Und der Leistungsvertrag gilt somit auch nur für kulturelles und soziales Engagement.

Wieso wehrt sich dann die IKuR dagegen, ein „ganz normaler Kulturbetrieb“ zu sein? Wieso wird auch politisches Engagement beansprucht? Dazu müssen wir ein wenig im Reitschul-Manifest lesen, in welchem die IKuR als juristisches Dach der Reitschule bezeichnet wird.

Bereits im zweiten Satz lesen wir Folgendes:

Die Reitschule soll ein ausserparlamentarisch linkes, politisches Zentrum einer vernetzten Bewegung in Bern und zugleich ein Ort sein, wo unsere Kultur gelebt wird.

Noch bevor der Begriff Kultur erwähnt wird, definiert sich die Reitschule als ausserparlamentarisch linkes, politisches Zentrum.

Weiter unten lesen wir dann:

Die Reitschule ist ein politisch-kulturelles Zentrum, das unter anderem via Kultur politische Inhalte vermittelt(...)

Kultur ist also für die IKuR lediglich ein trojanisches Pferd, um politische Inhalte zu vermitteln. Ein politisches Zentrum ist jedoch nicht berechtigt Subventionen zu erhalten.

Das, was ich hier beschrieben habe, ist eigentlich allen Beteiligten klar. Trotzdem ist in der Öffentlichkeit immer nur vom Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule die Rede. Das ist nicht ehrlich und die Öffentlichkeit wird bewusst an der Nase herumgeführt.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, keine weiteren Leistungsverträge mit der IKuR abzuschliessen.

Bern, 1. Dezember 2011

Motion Beat Gubser (EDU)

Antwort des Gemeinderats

Vorbemerkung:

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Als der Stadtrat an seiner Sitzung vom 17. November 2011 den Subventionsvertrag mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule IKuR diskutiert und einen Verpflichtungskredit über Fr. 380 000.00 beschlossen hatte, war er über Geschichte und Ziele der Reitschule vollumfänglich informiert. Die Reitschule in der heutigen Form besteht seit 1987; einer ersten Phase der Besetzung des Gebäudes folgte die vertraglich vereinbarte Überlassung der alten Reitschule und die Definition des von Stadtbauten Bern festgesetzten Mietzinses als Subvention an die Betreiberschaft, zuzüglich einer Summe als Beitrag an die Nebenkosten.

Seit dem Beschluss vom 17. November 2011 hat die Betreiberschaft der Reitschule keine neuen Äusserungen zu ihren kulturpolitischen Zielen gemacht. Die vom Motionär zitierten Äusserungen stammen alle aus dem Manifest von 2006, das neben Grundsätzen der Zusammenarbeit, des Umgangs miteinander, zu kulturellen Fragen auch politische Positionen umfasst.

Der Gemeinderat versteht den Beschluss des Stadtrats vom 17. November 2011 als Auftrag, mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule so rasch als möglich einen neuen Vertrag auszuhandeln, und wird diesen dem Stadtrat als Grundlage vorlegen für seinen Entscheid über den Verpflichtungskredit für die Jahre 2013 bis 2015.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 11. Januar 2012

Der Gemeinderat